



Koordinierungsrat der Vereinigungen des christlich-islamischen Dialoges in Deutschland

Erklärung zum Kopftuchverbot

Esslingen, 14. März 2004

Die Delegiertenversammlung des KCID beschloss am 13./14. März 2004 in Esslingen am Neckar:

Als Christen und Muslime sprechen wir uns gegen ein Verbot des Kopftuches für muslimische Lehrerinnen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst aus.

Die Verfassungstreue einer Lehrerin erkennt man nicht am Kopftuch. Jede Frau hat das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstdeutung. Ein Zwang zum Tragen des Kopftuches ist genauso wenig akzeptabel wie dessen Verbot.

Die Diskussion um das Verbot führt zu einem Klima gesellschaftlicher Spaltung und Desintegration. Muslimische Frauen erleben Diskriminierung.

Eine Ausweitung auf weitere Bereiche der Gesellschaft ist zu befürchten. Die negativen Folgen sind kaum abschätzbar:

- Eine Verdrängung von Frauen, die Kopftuch tragen, aus dem öffentlichen Leben und der Arbeitswelt findet bereits statt. Damit wird muslimischen Frauen eine Möglichkeit zu Selbstverwirklichung und Emanzipation verwehrt.
- Ein Verbot bewegt Muslime zum Rückzug. Parallelgesellschaften sind die Folge.
- Die Debatte, die oft unverantwortlich geführt wird, weckt Emotionen und Aggressionen, die möglicherweise nicht mehr kontrolliert werden können.

Uns führt die Überzeugung zusammen, dass Religionen positive Beiträge zum gesellschaftlichen Leben in unserem Land leisten. Als Christen und Muslime im interreligiösen Dialog arbeiten wir an der Überwindung von Angst und Unkenntnis. Wir wollen ein Klima gegenseitiger Achtung. Dass dies möglich ist, erleben wir in unseren Vereinigungen in ganz Deutschland.

Der KCID ist ein 2003 gegründeter Zusammenschluss von 13 interreligiösen Vereinigungen in Deutschland